

Verordnung zum Gastgewerbegesetz

Vom 12. Juli 2005

Der Regierungsrat des Kantons Basel-Stadt, gestützt auf § 44 des Gastgewerbegesetzes vom 15. September 2004¹⁾, beschliesst:

I. ALLGEMEINE BESTIMMUNGEN

Vollzugsbehörden

§ 1. Soweit das Gastgewerbegesetz und diese Verordnung nichts anderes bestimmen, ist der Bereich Dienste des Sicherheitsdepartements für deren Vollzug zuständig.

² Für die Beurteilung der Anforderungen nach § 15 des Gesetzes sind die jeweiligen Fachbehörden zuständig. Nach deren Bewilligungen entscheidet der Bereich Dienste über die persönlichen Voraussetzungen nach §§ 17ff. des Gesetzes.

³ Zuständige Gemeindebehörde nach § 22 Abs. 3 des Gesetzes ist der jeweilige Gemeinderat.

Information

§ 2. Das Betreibungs- und Konkursamt teilt dem Bereich Dienste alle betreibungs- und konkursrechtlichen Massnahmen gegen einen gastgewerblichen Betrieb oder dessen verantwortliche Personen mit.

² Alle nach § 15 des Gesetzes zuständigen Fachbehörden sowie die Polizei informieren sich gegenseitig über ihre Vollzugsmassnahmen.

Aufsichts- und Kontrollbehörden

§ 3. Die Aufsicht und Kontrolle über die einwandfreie und ordentliche Betriebsführung eines dem Gesetz unterstellten Betriebs obliegen dem Bereich Dienste.

² Aufsichts- und Kontrollfunktionen, die durch eidgenössische oder kantonale Vorschriften anderen Behörden übertragen sind, bleiben vorbehalten.

¹⁾ SG 563.100.

Bewilligungsgesuche

§ 4. Gesuche um Erteilung oder Änderung einer Betriebsbewilligung zur Führung eines Beherbergungs- oder Restaurationsbetriebs sind für die Prüfung der persönlichen Voraussetzungen nach §§ 17ff. des Gesetzes unter Vorlage des Kauf-, Pacht- oder Mietvertrags und des allfälligen Arbeitsvertrags sowie eines Zentralstrafregister- und Betreibungsregistrauszugs mit den anerkannten gastgewerblichen Fähigkeitsnachweisen schriftlich beim Bereich Dienste einzureichen.

² Vor Erteilung der entsprechenden Bewilligung darf der Betrieb nicht eröffnet werden.

Änderung der Bewilligungsverhältnisse

§ 5. Für jede Änderung bestehender Verhältnisse, die sich auf die Führung eines Betriebs, auf den Betrieb selbst, dessen Charakter, dessen Grösse und dessen Öffnungszeiten beziehen, ist die Bewilligung umzuschreiben oder eine neue Bewilligung erforderlich.

² Wechselt die Inhaberin oder der Inhaber der Bewilligung zur Führung eines Beherbergungs- oder Restaurationsbetriebs, ist eine neue Bewilligung erforderlich. Dem Bereich Dienste ist rechtzeitig eine Nachfolgeregelung zu beantragen. Kann innert 60 Tagen nach Ausscheiden der verantwortlichen Person mangels geeigneter Nachfolge keine neue Bewilligung erteilt werden, so ist der Betrieb gemäss § 27 Abs. 2 des Gesetzes grundsätzlich zu schliessen. In begründeten Fällen kann diese Frist angemessen verlängert werden.

³ Tritt in der Person der Inhaberin oder des Inhabers der Bewilligung keine Änderung ein, ist die Bewilligung umzuschreiben. Allfällige Rechtsänderungen der in § 4 Abs. 1 erwähnten Vertragsverhältnisse sind von der Inhaberin oder dem Inhaber dem Bereich Dienste zur ebenfalls erforderlichen Umschreibung der Bewilligung schriftlich mitzuteilen.

Ausnahmen von der Bewilligungspflicht

§ 6. Unter den gemäss § 5 des Gesetzes von der Bewilligungspflicht ausgenommenen Detailhandelsgeschäften sind namentlich selbst produzierende Bäckereien, Konditoreien und Confisereien sowie Geschäfte zu verstehen, welche ein kleines Sortiment an Lebensmitteln anbieten, die sich in ähnlicher Weise zum sofortigen Konsum an Ort und Stelle eignen.

² Diese Betriebe können für ihre Kunden maximal zehn Sitz- oder Stehplätze zum Konsum ihrer branchenüblichen Produkte einrichten, ohne der Bewilligungspflicht nach § 4 des Gesetzes zu unterstehen.

³ Das Nebenangebot muss erkennbar hinter dem Hauptzweck des Geschäfts, dem Verkauf der Waren zur Mitnahme, zurücktreten.

⁴ Ladenbesitzerinnen und -besitzer, die sich an diese Vorgaben nicht halten, können jederzeit der Bewilligungspflicht unterstellt werden.

Persönliche Geltung

§ 7. Stirbt die Inhaberin oder der Inhaber der Bewilligung zur Führung eines Beherbergungs- oder Restaurationsbetriebs, so kann der Bereich Dienste einer im Betrieb bisher tätigen und geeigneten Drittperson gestatten, den Betrieb für höchstens zwei Jahre ohne Fähigkeitsausweis mit allen Rechten und Pflichten weiterzuführen.

² Ist die Inhaberin oder der Inhaber der Bewilligung zur Führung eines Beherbergungs- oder Restaurationsbetriebs aus besonderen Gründen länger als 60 Tage daran gehindert, den Betrieb selbst zu führen, so ist dies dem Bereich Dienste schriftlich mitzuteilen und eine geeignete Stellvertretung zu bezeichnen. Diese Regelung gilt für höchstens ein Jahr. Die in der Bewilligung genannte Person bleibt für die Betriebsführung grundsätzlich weiterhin verantwortlich.

³ In begründeten Fällen können die Fristen gemäss Abs. 1 und Abs. 2 angemessen verlängert werden.

II. BETRIEBSARTEN

Vereins- und Klubwirtschaften

§ 8. Ausnahmbewilligungen im Sinn von § 12 Abs. 2 in Verbindung mit § 14 des Gesetzes können durch den Bereich Dienste namentlich für private Anlässe des Vereins und der Vereinsmitglieder, für Strassen-, Quartier- und Stadtfeste, für Silvester, für die Fasnacht und für den Vogel Gryff erteilt werden.

² Ausnahmen werden nicht bewilligt, sofern die gesetzlichen Öffnungszeiten der Betriebe gemäss § 12 Abs. 1 des Gesetzes durch eine der nach § 15 des Gesetzes zuständigen Fachbehörden eingeschränkt wurden.

Quartiertreffpunkte

§ 9. Die Zeiten, in denen Besucherinnen und Besucher bewirtet werden können, sind auf die funktionalen Angebote auszurichten.

² Ausnahmbewilligungen im Sinn von § 13 Abs. 2 in Verbindung mit § 14 des Gesetzes können durch den Bereich Dienste namentlich für Strassen-, Quartier- und Stadtfeste, für Silvester, für die Fasnacht und für den Vogel Gryff erteilt werden.

³ Ausnahmen werden nicht bewilligt, sofern die gesetzlichen Öffnungszeiten der Betriebe gemäss § 13 Abs. 1 des Gesetzes durch eine der nach § 15 des Gesetzes zuständigen Fachbehörden eingeschränkt wurden.

Gelegenheits- und Festwirtschaften

§ 10. Gelegenheits- und Festwirtschaften haben grundsätzlich den Anforderungen im Sinn von § 15 des Gesetzes zu genügen.

² Die Betreiberinnen und Betreiber sind für die Einhaltung der Anforderungen gemäss Abs. 1 selbst verantwortlich. Vorbehalten bleibt eine allenfalls erforderliche Bewilligung gemäss der Bau- und Planungsverordnung.

III. VORAUSSETZUNGEN FÜR DIE ERTEILUNG DER BEWILLIGUNG

Standort

§ 11. Umweltrechtlich relevante Auswirkungen auf die Wohnqualität oder die Ruhe im öffentlichen Raum werden im Rahmen eines allenfalls erforderlichen Baubewilligungsverfahrens oder eines Verfahrens nach § 29 Abs. 3 des Gesetzes durch das Amt für Umwelt und Energie beurteilt.

Verantwortliche Person

§ 12. Die verantwortliche Person im Sinn von § 17 des Gesetzes ist im Rahmen der üblichen Normalarbeitszeit zur Präsenz im Betrieb verpflichtet. Sie hat mindestens während der Hauptbetriebszeiten und störungsanfälliger Zeiten persönlich die Verantwortung an Ort und Stelle zu übernehmen.

² Die verantwortliche Person kann nicht mehrere Betriebe führen, die gleichzeitig geöffnet sind.

³ Die Erteilung von zeitlich begrenzten Zusatzbewilligungen und Bewilligungen für Gelegenheitswirtschaften bleibt vorbehalten.

Fähigkeitsausweis

§ 13. Zum Erwerb des Fähigkeitsausweises führt der Wirtverband Basel-Stadt einen Wirtkurs durch, organisiert und nimmt die Wirtfachprüfung einschliesslich ergänzender Prüfungen nach § 19 Abs. 2 Satz 2 des Gesetzes ab.

² Der Regierungsrat ernennt eine staatliche Delegierte oder einen staatlichen Delegierten, die oder der im Auftrag des Sicherheitsdepartements die Aufsicht über die Wirtfachprüfung ausübt.

Anerkennung anderer Fähigkeitsausweise

§ 14. Die Anerkennung der Fähigkeitsausweise anderer Kantone erfolgt auf Grund einer Liste bestimmter Ausbildungsinstitutionen, die den Antragstellerinnen und -stellern in Form eines Merkblattes vom Bereich Dienste abgegeben wird.

² Über die Anerkennung der im Ausland erworbenen Fähigkeitsnachweise entscheidet der Bereich Dienste auf Grund deren Vorlage gestützt auf das Abkommen vom 21. Juni 1999 zwischen der Schweizerischen Eidgenossenschaft einerseits und der Europäischen Gemeinschaft und ihren Mitgliedsstaaten andererseits über die Freizügigkeit und dessen Anhang III zur gegenseitigen Anerkennung der Diplome, Zeugnisse und sonstigen Befähigungsnachweise.

³ Fähigkeitsnachweise, welche aus Ländern stammen, die nicht zu den Unterzeichnerstaaten des Abkommens vom 21. Juni 1999 gehören, werden im Einzelfall auf eine mögliche Anerkennung überprüft.

⁴ Der Bereich Dienste ordnet die erforderlichen Ergänzungsprüfungen im Sinn von § 19 Abs. 2 Satz 2 des Gesetzes an und legt den Prüfungstoff fest.

IV. WIRTSCHAFTSPOLIZEILICHE BESTIMMUNGEN

Verbot des Alkoholausschanks

§ 15. In öffentlichen Schwimmbädern dürfen bei speziellen Veranstaltungen ausserhalb des Badebetriebs unter dem generellen Vorbehalt von § 31 des Gesetzes und unter Wahrung der erforderlichen Sicherheitsvorkehrungen alkoholische Getränke ausgeschenkt werden, sofern die Einhaltung dieser Bestimmungen durch Aufsichtspersonen sichergestellt ist.

² Das Verbot des Alkoholangebots in Automaten beschränkt sich ausschliesslich auf öffentlich zugängliche Automaten.

Rauchverbot

§ 16. Betriebe mit einer Restaurationsfläche von mehr als 100 m² haben einen abgegrenzten Bereich mit einer genügenden Anzahl von Nichtraucherplätzen einzurichten. Diese müssen gut sichtbar gekennzeichnet sein.

Allgemeine Öffnungszeiten

§ 17. In seine Betriebsbewilligung zur Führung eines Restaurationsbetriebs nimmt der Bereich Dienste die Allgemeinen Öffnungszeiten gemäss § 36 Abs. 1 des Gesetzes auf. Vorbehalten bleibt eine durch die zuständigen Fachbehörden von § 15 des Gesetzes verfügte Einschränkung.

² Restaurationsbetrieben mit Öffnungszeiten gemäss § 36 Abs. 1 des Gesetzes können im Sinn einer Ausnahme für vereinzelte Anlässe längere Öffnungszeiten durch den Bereich Dienste bewilligt werden. Ausnahmen werden nicht bewilligt, sofern die Öffnungszeiten nach § 17 Abs. 1 Satz 2 hiervor eingeschränkt wurden.

³ Als besondere kantonale Anlässe gemäss § 36 Abs. 1 Satz 2 des Gesetzes gelten namentlich der Silvester, die Fasnacht, der Bundesfeiertag sowie der Vogel Gryff und die Wehrmännerentlassung.

⁴ Die Vorsteherin oder der Vorsteher des Sicherheitsdepartements kann für weitere Anlässe von besonderer oder übergeordneter Bedeutung längere Öffnungszeiten bewilligen.

Generell verlängerte Öffnungszeiten

§ 18. Gesuche um generell verlängerte Öffnungszeiten nach § 37 des Gesetzes sind beim Bauinspektorat einzureichen.

² Das Gesuch hat Unterlagen zu enthalten, die darlegen, dass der Betrieb in Bezug auf Art und Zweck seiner Bestimmung den bau- und umweltschutzrechtlichen sowie den feuer-, gesundheits-, wirtschafts- und lebensmittelpolizeilichen Vorschriften genügt.

³ Restaurationsbetrieben mit generell verlängerten Öffnungszeiten können im Sinn einer Ausnahme für vereinzelte Anlässe Öffnungszeiten über die zeitlich verfügbaren Grenzen hinaus durch das Amt für Umwelt und Energie bewilligt werden.

Befristete Bewilligung

§ 19. Bei berechtigten Zweifeln am genügenden Schutz der Nachbarschaft vor übermässigem Lärm legt das Amt für Umwelt und Energie die Öffnungszeiten befristet, längstens aber für zwölf Monate fest.

² Während den befristet bewilligten Öffnungszeiten werden die Immissionen auf die Nachbarschaft durch das Amt für Umwelt und Energie erhoben und beurteilt.

Lärmrequisitionen

§ 20. Begründete Lärmrequisitionen nach § 29 Abs. 3 des Gesetzes können gestützt auf das massgebliche Umweltschutzrecht zu Einschränkungen der Öffnungszeiten oder zu Anordnungen baulicher oder anderer betrieblicher Auflagen durch das Amt für Umwelt und Energie führen.

V. SCHLUSSBESTIMMUNGEN

Änderung bisherigen Rechts

§ 21. Die Lärmschutzverordnung Basel-Stadt (LSV BS) vom 29. Januar 2002²⁾ wird wie folgt geändert:³⁾

Wirksamkeit

§ 22. Diese Verordnung ist zu publizieren; sie wird sofort wirksam.⁴⁾

²⁾ SG 782.100.

³⁾ § 21: Die Änderung wird hier nicht abgedruckt.

⁴⁾ Wirksam seit 17. 7. 2005.